„Bleibt stark, wir helfen"

Neue Forschungsergebnisse über SPD-Spionageaktivitäten im Kalten Krieg

Tausende von Agenten eines „Ostbüros" der westdeutschen SPD, finanziert mit Steuergeldern und ausgerüstet mit Geheimtinte und Minikameras, lieferten 20 Jahre lang interne Nachrichten aus der DDR. Eine jetzt erschienene Studie enthüllt, daß die 1966 aufgelöste Partei-Agentur auch bundesdeutsche Extremisten bespitzelte.

Aus dem fernen Formosa hatte Chinesen-General Tschiang Kai-schek Spione nach Berlin entsandt. Selbst Großherzogin Charlotte, Herrscherin über 320 000 Luxemburger, ließ einen Späher mitmischen an der geheimsten Front des Kalten Krieges.

Im Berlin der fünfziger Jahre, während des Untergrundkampfes zwischen Ost und West, tummelten sich Vertreter von 80 ausländischen Geheim- und Nachrichtendiensten. Manche Agenten operierten solo, andere, wie Amerikaner und Russen, in Kompaniestärke. „Die traten sich am Ku'damm", spottete ein altgedienter Intelligence-Offizier, „oft gegenseitig auf die Füße."

Mit dabei in der Spionage-Frontstadt war ein Trupp Entschlossener, der so gar nicht ins Romanbild eines John Le Carré passen wollte – keine Profis, sondern Parteisoldaten vom sogenannten Ostbüro der westdeutschen SPD. Sie sollten, im politischen Widerstand, den Boden bereiten für eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Offiziell, etwa durch Vorstandsbeschluß, ist die Aufgabe des SPD-Ostbüros nie definiert worden. 44 Jahre nach Gründung und 24 Jahre nach seiner Auflösung wuchert um das ehemalige Vorstandsreferat der SPD und vor allem um dessen Berliner Dependance immer noch ein Dschungel von Gerüchten.

„Laienspielgruppe" – so ulkten westliche Geheimdienstler einst über die Ostbüro-Crew. Den SED-Propagandisten hingegen galt die SPD-Abteilung als „imperialistische Agentenzentrale", gegen deren Schnüffler „die Gangster Chicagos Stümper" waren.

Die Aktivitäten der Institution sind auch deshalb weithin nebulös geblieben, weil in der SPD offenbar niemand an Aufklärungsarbeit interessiert war. In Partei-Darstellungen, etwa der „Chronik der deutschen Sozialdemokratie", fehlt eine Beschreibung des Ostbüros. Die Quellenlage ist nicht gerade günstig: Archivbestände sind ganz oder teilweise gesperrt, vernichtet oder verbrannt.

Die Sozis, urteilt der Bochumer Politikwissenschaftler Wilhelm Bleek, hätten dieses Stück Vergangenheit schlicht „verdrängt". Aus dem „kollektiven Gedächtnis der Sozialdemokratie" sei es „weitgehend verschwunden", schreibt auch der Historiker Dietmar Petzina – ganz so, als wäre der Entspannungspartei die Phase des strammen Antikommunismus heute peinlich.

Erst jetzt ist an der Ruhr-Universität Bochum die erste wissenschaftliche Arbeit über das lange vernachlässigte Thema erschienen. In seiner Dissertation „Das Ostbüro der SPD 1946 – 1958. Ein Nachrichtendienst im geteilten Deutschland" hält der Autor Wolfgang Buschfort, 29, zwar viele allzu blütenreiche Spionage- und Sabotagevorwürfe für „eindeutig unbegründet". Die SPD hat gleichwohl wenig Grund, ihre Geheimhaltung aufzugeben. Denn die 591-Seiten-Arbeit enthüllt unangenehme Erblasten. Das Ostbüro, so der Befund des Wissenschaftlers,

- ▷ arbeitete „im konspirativen Bereich stark" mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen;
- ▷ infiltrierte, von staatlichen Stellen geduldet und gefördert, im Rahmen seiner „Inlandsaufklärung" politische Extremistengruppen;
- ▷ sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung ein „besseres Nürnberg" zu ermöglichen – die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer;
- ▷ schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime – Hunderte wurden gefaßt und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Nachdem drüben im April 1946 die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei zur SED zwangsvereinigt worden waren, wollte Kurt Schumacher, der SPD-Chef (West), das Ost-Terrain nicht freiwillig preisgeben. Er dachte und handelte gesamtdeutsch – aus „einer unbedingten Verpflichtung" den nun abgeschotteten Genossen gegenüber und in



Ostbüro-Leiter Thomas (r.)*: „Geheimdienst, Zersetzung, Propaganda"

* Bei der Sozialistischen Konferenz in Kopenhagen 1950, mit den SPD-Delegationsmitgliedern Herbert Wehner, Erich Ollenhauer, Karl Meitmann.

der Erwartung, die Teilung sei nur eine Frage der Zeit.

Schumacher entwickelte seine „Magnettheorie": Je attraktiver die freiheitlich-soziale Entwicklung im Westen, desto stärker werde der Druck der Bürger im Osten auf die russische Besatzungsmacht sein – mit der „unvermeidlichen" Folge eines baldigen Anschlusses.

Um die „politischen und ökonomischen Überzeugungen des demokratischen Sozialismus" (Buschfort) an den Mann bringen zu können, schuf der Ober-Sozi im Jahr der Zwangsvereinigung ein neues Parteiinstrument. Zu den Aufgaben der Stabsstelle gehörte es auch, sich um Zonenflüchtlinge zu kümmern und deren Wissen abzuschöpfen. Deshalb hieß sie anfangs, leicht irreführend, „Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost".

So unverfänglich wie eindeutig ist der nur wenig später geprägte Name Ostbüro. Es residierte erst beim Parteivorstand in Hannover, dann, von 1951 an, in Bonn.

Für Zwecke der Aufklärung hatten aus englischer Emigration heimgekehrte Sozialdemokraten ihrem Parteichef den ehemaligen Lagersprecher des Antifaschisten-Camps Ascot, Stephan Grzeskowiak, empfohlen. Schumacher fand rasch Gefallen an dem ideologisch sattelfesten und unerschrockenen Friseur-Sohn aus Berlin.

Grzeskowiak ging an die Ostarbeit, vom 1. Juli 1947 an als zweiter Mann, im Herbst 1948 wurde er Büroleiter. Um Angehörige nicht zu gefährden, nannte er sich „Thomas". Nachdem der Gegner das Pseudonym gelüftet hatte, gab er seinen Namen offiziell auf: Aus Stephan Grzeskowiak wurde Stephan G. Thomas.

Über die damals noch offene Grenze schafften Thomas-Kuriere Propagandamaterial. Kundschafter sondierten bei Vertrauensleuten die politische Lage. Darüber wurden Protokolle gefertigt; Sozialdemokraten aus der Zone lieferten in der Berlin-Charlottenburger Ostbüro-Außenstelle Stimmungsberichte ab.

Obschon die Aktionen gefährlich waren, gab es kaum nennenswerte Schutzvorkehrungen. Die Korrespondenz wurde, trotz rigider Postkontrolle, häufig unverschlüsselt geführt. So schrieb ein Informant aus Halle an den Ostbüro-Funktionär Rudi Dux:

> Habe Dir die letzten Freiheiten (gemeint ist die Zeitung *Freiheit* -Red.) geschickt. Bekommst sie von jetzt ab alle lückenlos. Habe noch ein 2. Exemplar bestellt, damit sie mir Mutti nicht zum Einwickeln nimmt. Verordnungsblätter bekommst Du weiterhin.

Knapp zwei Jahre nach Thomas' Berufung schlug Zonenführer Walter Ulbricht zu. Hunderte von V-Leuten des Ostbüros ließ er verhaften, seine Gerichte und sowjetische Militärtribunale verhängten in aller Regel die Einheitsstrafe – 25 Jahre Haft oder Zwangsarbeit.

Ganze Gruppen, manchmal bis zu zehn Mann stark, wurden aufgerieben und in die Gefängnislöcher gesteckt; die Hygiene war so katastrophal wie die Ernährung. „Ohne ein Zubrot von außen", schildert Buschfort, „war ein Überleben kaum möglich."

Ganz schlimm erging es dem Trupp um Klaus Jelonneck, dem nachmaligen Chefredakteur des DGB-Blattes *Welt der Arbeit*: Sieben der acht Leute haben die Haft nicht überlebt.

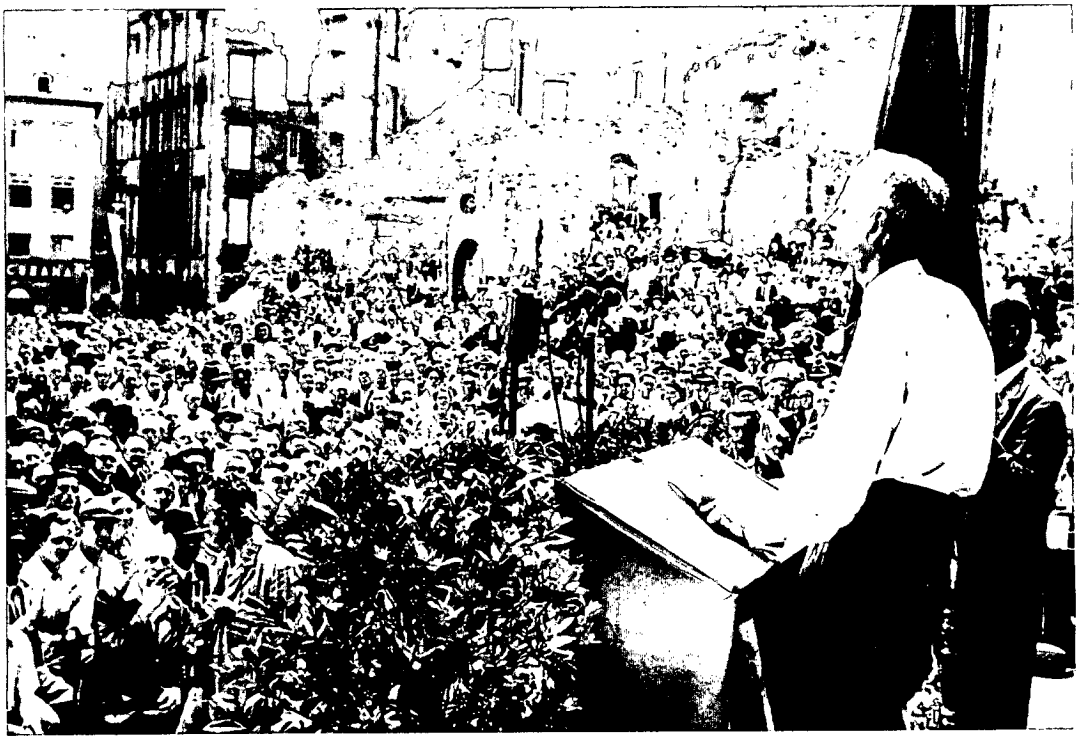
Der frühere V-Mann Heinz Richter schätzt, daß insgesamt 800 Menschen „aufgrund der vom Westen organisierten Nachrichtenbeschaffung wegen Spionage" verurteilt worden sind. Der Großteil, vermutet ein anderer Zuträger, sei „durch penetrante Ungeschicklichkeiten und Ungewohntheiten an illegaler Arbeit" aufgefallen. Buschfort: „Konspirative Regeln hat es kaum gegeben."

Nach den Verlusten mußte das Ostbüro seine Taktik ändern. Die Berliner Filiale tarnte sich, bis dahin offene Beziehungen wurden durch verschwörerische Kontakte abgelöst. Gleichzeitig benutzte Thomas neue Methoden. Seine Partei war nun entschlossen, „Instrumente" einzusetzen, die „in der Sozialdemokratie nicht die normalen waren: Geheimdienst, Zersetzung, Propaganda". Berichte von Informanten und Mitarbeitern wurden konsequent mit einem Decknamen und Tarnkürzel versehen – „K 067 farbe" beispielsweise brachte im Juli 1953 bei Fahrten durch die DDR rund 12 000 Flugblätter in Umlauf.

Die Parteiagenten übten sich im Umgang mit Geheimtinte und Mini-Kameras, legten tote Briefkästen an und schickten mit Schriften („Bleibt stark, wir helfen!") beladene, selbstplatzende Ballons über die Grenze. Meteorologen hatten zuvor die günstigsten Windverhältnisse errechnet. Die Zielgenauigkeit war so groß, daß bei einer SED-Kundgebung Zettel aus dünnem Bibelpapier über dem DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl herabregneten.

Spezialisten fälschten Ausweiskarten des Schweizerischen Roten Kreuzes; mehrere Funktionäre trugen, angeblich aus Sorge vor Anschlägen, Waffen. Schon früh stand ein Fotolabor zur Verfügung, um Unterlagen, „die sofort wieder in die Sowjetzone zurückbefördert werden müssen", zu reproduzieren.

Dem Ostbüro gelang es, aus der DDR viele vertrauliche, oft geheime Informationen herauszuschleppen: Sitzungsberichte des SED-Zentralkomitees oder Details über den Aufbau der Polizei,



Sozialdemokrat Schumacher (1947 in Frankfurt): „Was macht Ulbricht, was sagen die Russen?"





Gasflaschen der SPD-Ballonaktion, für die DDR bestimmte Ostbüro-Schriften: Zettel aus dünnem Bibelpapier

Baupläne von Gefängnissen oder Standorte der Roten Armee.

In Bonn erfuhr der Parteivorstand politisch wichtige Zusammenhänge. Ein Jahr vor seinem Tode (1987) hatte Thomas die Thematik offenbart – ohne allerdings Einzelheiten zu nennen: „Was macht Ulbricht? Was sagen die Russen dem Ulbricht, was er tun soll?"

Thomas bediente mit seinem Herrschaftswissen den Bundesnachrichtendienst (BND) im bayerischen Pullach. Der Dienst lieferte im Gegenzug der SPD einen Teil seiner Erkenntnisse – beispielsweise ein Personalschema des DDR-Staatssicherheitsdienstes.

Auch die West-Alliierten wurden bedacht. Das Ostbüro leitete Informationen, die „für die Beurteilung der internationalen Lage relevant" schienen, an westliche Dienste weiter – laut Thomas mit Genehmigung des Parteivorstandes.

Gleichzeitig sollen, etwa durch die Briten, an das Ostbüro „Ausforschungsaufträge ... zur Kriegsgefangenenfrage, zu Wirtschafts- und Militärfragen" ergangen sein. Skandinavische Sozis aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland erhielten, so Buschfort, „nahezu wöchentlich" Ostbüro-Berichte. Der Kontakt mit Kopenhagen war besonders gut: Alfred Weber (Deckname: „Wandel"), der erste Chef der Berliner Ostbüro-Außenstelle, hatte zuvor für den dänischen Geheimdienst gearbeitet.

Im Westen beschnüffelten Ostbüro-Konfidenten rechts alte und neue Nazis und links die KPD, die „zu Recht als Ableger und Befehlsempfänger der verhaßten SED" (Buschfort) entlarvt worden war. Bei dieser Form der „Inlandsaufklärung" scheute Thomas keine Mühe.

Um SPD-Mitglieder etwa unter den westdeutschen Teilnehmern der kommunistischen Weltjugendspiele 1955 in Warschau aufzuspüren, setzte sich auf Weisung des Ostbüros ein DDR-Bürger in Marsch, Auftrag: Fotos der Teilnehmer zu besorgen, zwecks Identifizierung. Gegen erkannte SPD-Mitglieder wurden Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Die Bekämpfung der „Infiltration der Jugend" war den Thomas-Leuten besonders wichtig.

Was auf diese Weise zu ermitteln war, gab die Parteispitze nicht selten ebenfalls weiter. Ostbüro-Erkenntnisse gingen an das Bundesamt für Verfassungsschutz, ans Düsseldorfer Landeskriminalamt oder ans 14. Kommissariat der Bonner Polizei, die Abteilung für politische Delikte. Solche Kooperation, urteilt Autor Buschfort, belege die „halbstaatliche Stellung des Ostbüros".

Dessen Finanzierung deutet auf mehr. 1956 erhielt die SPD-Abteilung – ähnlich wie die vergleichsweise unbedeutenden Ostbüros der CDU und der FDP – aus dem Bonner Etat etwa 300 000 Mark; über die Vergabe von weiteren Bundesmitteln – Höhe unbekannt – entschied statt des Haushaltsausschusses in geheimer Sitzung ein parlamentarischer Fünferausschuß. Grund: Die Geldwege des Ostbüros galten als „Geheimsache".



Ostbüro-Leiter Bärwald
„Sonderverbindung SV 55202"

Zehn Jahre später, 1966, wurde das Büro aufgelöst. Innerparteilich war sein Einfluß längst beschnitten worden; der Bau der Berliner Mauer hatte den Informationsstrom versiegen lassen. Herbert Wehner, einer der Wegbereiter der Entspannung, sprach nun verächtlich vom „Agentenschuppen".

Dennoch konnte die SPD ihr Ostbüro nicht ganz vergessen. Mehrere V-Leute verklagten die Partei nach ihrer Entlassung aus DDR-Gefängnissen auf Schadensersatz und Verdienstausfall, weil sie drüben im Auftrag gehandelt hätten. Geld gab es nicht; der Karlsruher Bundesgerichtshof entschied, „derjenige, der einen solchen politischen Widerstandskampf führt", handele „erkennbar auf eigenes Risiko".

Einige Ostbüro-Funktionäre machten später Karriere. Thomas wurde, nach einem Zwischenspiel bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Köln Chefredakteur des Deutschlandfunks, Richard Lehners (Deckname: „Hein") Innenminister in Niedersachsen. Andere blieben im Metier. Eberhard Zachmann („Müller") übernahm die Leitung des Berliner Verfassungsschutzes, der Ex-Kurier Winfried Busch den gleichen Posten in Hannover. Zwei gingen zum BND.

Auch Helmut Bärwald, Nachfolger von Thomas und letzter Leiter des in „Referat Wiedervereinigung" umfirmierten Ostbüros, schaffte später für die Pullacher Aufklärer. Er belieferte den Geheimdienst mit Interna aus der SPD – als „Sonderverbindung SV 55202". ◀